HAVEL BRANDUNG

Herbstausgabe 2009

Die linke Zeitung
für Brandenburg an der Havel

Auftaktveranstaltung zum Landtags- und Bundestagswahlkampf

4. September 2009 16.00 bis 18.00 Uhr



Am 4. September 2009 wird in unserer Stadt der Landtags- und Bundestagswahlkampfs der Partei DIE LINKE eröffnet.
Die Veranstaltung findet in der Zeit von 16 Uhr bis 18 Uhr auf dem Neustadt Markt statt. Redner sind der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion Gregor Gysi, die Spitzenkandidatin zur Landtagswahl Kerstin Kaiser und die Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl Dagmar Enkelmann.
Die kulturelle Umrahmung wird durch die Gruppe „Zöllner und Band“ übernommen. Durch das Programm führen die Direktkandidatin für die Bundestagswahl Diana Golze und der Direktkandidat für die Landtagswahl René Kretzschmar.
Ab 15 Uhr wird es Informationsstände und Kaffee und Kuchen für die Brandenburgerinnen und Brandenburger geben. Mitglieder der Stadtfraktion und die Direktkandidaten stehen zu Gesprächen zur Verfügung.

Was Wann Wo

01.09.2009, 14:00 Uhr, Neustädtischen Markt: Weltfriedenstag! Wir lassen Friedenstauben steigen.
04.09.2009, 16:00 Uhr, Neustädtischer Markt: Wahlkampfauftaktveranstaltung mit Gregor Gysi, Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser, Diana Golze und René Kretzschmar
04.09.2009, 19:30 Uhr, Brandenburger Theater:
Bundestags-Wahlforum der Märkischen Allgemeinen, Wahlkreis 61 mit Diana Golze
10.09.2009, 14:00 Uhr, Haus der Begegnung, Jacobstr. 12:
Diskussion mit den Landtagskandidaten zum Thema: „Alt werden in Brandenburg“
15.09.2009, 17:00 Uhr, Technologie- und Gründerzentrum, Friedrich-Franz-Str. 19:
Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft-Diskussion mit den Landtagskandidaten zur Bildungspolitik
17.09.2009, 19:00 Uhr, Haus der Offiziere, Magdeburger Str. 15: Kerstin Kaiser & Band singen auf ihrer „Der rote Mohn“-Tour lebensnahe deutsche Chansons
26.09.2009, ab 14:00 Uhr, Altstädtischer Markt: Wahlkampfabschlussfest mit Spaß, Spiel und kulinarischer Versorgung
27.09.2009, ab 08:00 Uhr, Wahllokal: *WÄHLEN GEHEN!* Landtags- und Bundestagswahl 2x2 Stimmen für DIE LINKE.

Inhalt Herbst 3/2009

Schulden der Stadt 100 Millionen	**Seite 2**
„Deutschland-Plan“ Ideen aus Saaringen	**Seite 2**
Wahlaufruf Kretzschmar Starke LINKE	**Seite 3**
Arbeitslosenzahlen Nette Rechentricks	**Seite 3**
Sodann in Potsdam Besuch im Wahlquartier	**Seite 4**
Rüstungsindustrie Eurofighter geht ins Geld	**Seite 4**
Rätselecke	**Seite 4**
Diana Golze Eine von hier - eine für uns	**Seite 5**
Programm der SPD Glaubwürdigkeit verloren	**Seite 5**
Bernd Lachmann Direktkandidat der LINKEN	**Seite 6**
Gesundheitszentrum Bauen am Bahnhof	**Seite 6**
LINKE zieht Bilanz Kampf für soziale Gerechtigkeit	**Seite 7**
Briefwahl So geht´s	**Seite 8**
Impressum und Bildnachweise	**Seite 8**



Am 5. August startete in Brandenburg an der Havel die Hanse-Tour Sonnenschein e.V., organisiert vom Förderverein für krebs- und chronisch kranke Kinder. Auch die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE Diana Golze war dabei und trat für einen guten Zweck in die Pedale. Gemeinsam mit 170 Radlern hat sie sich vom Neustadt Markt auf die 446 km lange Strecke gemacht. 18 weitere Tourorte werden angefahren, um Spenden zu sammeln für Kinder mit einer Krebsdiagnose oder chronischen Krankheiten. Im Land Brandenburg kommen die Spenden zum Beispiel dem Städtischen Klinikum in Brandenburg an der Havel zugute, was davon ein tragbares Ultraschallgerät zur Diagnostik bei krebskranken Kindern bekommen soll.

www.rene-kretzschmar.de

Restauriert, aber mit 100 Millionen Euro Schulden

Die Havelstadt im zwanzigsten Jahr nach dem Mauerfall

Der 27. September 2009 steht als „Wahlsonntag“ in allen bundesdeutschen Terminkalendern. Und „Wahltage“ sind „Zahltage“, las ich vor langer Zeit einmal im Feuilleton einer bekannten Tageszeitung.
An diesem Tag haben wieder alle Ost-Deutschen die seltene Gelegenheit, in ihrer neu gewonnenen, bürgerlichen Demokratie viele bis dato Herrschenden im Land und Bund per Stimmabgabe zu kritisieren oder, was mitunter nur spärlich der Fall sein wird, ihre Arbeit anzuerkennen.
Da viele Ost-Deutsche Gleichberechtigung nur an der Wahlurne kennen lernen und ihnen selbst im zwanzigsten Jahr nach dem „Mauerfall“ ein gleicher Lohn beziehungsweise eine gleichwertige Rente versagt bleibt, wird dieser Tag unzweifelhaft auch mit einer ganz persönlichen Bilanz verbunden sein.
Auf der einen Seite erleben wir Brandenburg an der Havel im zwanzigsten Jahr der Einheit wie folgt:

- Bevölkerungsrückgang um 30 Prozent
- 20 Prozent Arbeitslosigkeit
- 12.000 Hartz-IV-Empfänger
- 30 Prozent Kinder in Armut
- 100 Millionen Euro kommunale Schulden



Bevölkerungsrückgang, Arbeitslosigkeit und sogar Kinderarmut prägen das Bild der Stadt. Andererseits wurde die Infrastruktur modernisiert und Denkmäler restauriert - ist Brandenburg an der Havel ist auf dem richtigen Weg?

Andererseits bekamen die Brandenburger dafür soziale, politische und ökonomische Freiheiten, von denen viele Einwohner unserer Havelstadt in den 40 Jahren ihrer DDR nur zu träumen wagten.
Im Rahmen des Stadtumbaus konnten im erheblichen Umfang wichtige Denkmäler restauriert oder wiederhergestellt werden. Die städtische Infrastruktur wurde grundlegend modernisiert, verseuchtes Land entgiftet und mit der Neuorganisation des öffentlichen Lebens zum Beispiel modernste Medizintechnik für die Kliniken und Praxen in unserer Stadt eingekauft.
LINKE-Politiker in Brandenburg an der Havel haben seit 1989 vor allem durch ihre kommunalpolitische Präsenz vor Ort von sich Reden gemacht. Unvergessen sind vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern das jahrelange, soziale Engagement von Petra Faderl und das kompetente Agieren von Horst Gartmann.

LINKE will aktivste Fraktion in Stadtverordnetenversammlung sein

Auch heute haben die 2008 gewählten elf Mitglieder der Linksfraktion im Stadtparlament den selbst gewählten Anspruch, am aktivsten zu sein. Mit ihren zahlreichen Anfragen und Beschlussanträgen, mit ihren Kritiken und Ideen nutzen die Volksvertreter der LINKEN dabei die Möglichkeiten zur parlamentarischen Mitgestaltung effektiv und unüberhörbar.
Heute leiten ihre Fraktionsmitglieder Alfredo Förster selbst den wichtigen Hauptausschuss, Matthias Pietschmann den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen, René Kretzschmar den Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften und Birgit Patz den Jugendhilfeausschuss. Unterstützt werden sie von insgesamt 13 sachkundigen Einwohnern aus unserer Stadt. Linke Genossen und Sympathisanten engagieren sich in den Aufsichtsräten, Verbandsversammlungen und Beiräten der Stadt. Dr. Horst Maiwald wurde 2008 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt.
Neben aktuell anstehenden Entscheidungen und der operativen, ehrenamtlichen Fraktionstätigkeit steht die Umsetzung des Wahlprogramms der LINKEN aus dem Jahre 2008 im Mittelpunkt ihrer konzeptionellen Überlegungen. „ORIGINAL SOZIAL“ soll ihr Markenzeichen sein und bleiben.
Vor der globalen Krise des kapitalistischen Systems wird uns der Brandenburger Roland nicht schützen können. Eine schlechte Europa-, Bundes- und Landespolitik wird mit ihren negativen Auswirkungen diese Tendenzen verstärken und viele Bürger in unserem Gemeinwesen – vom Kleinkind bis zum Greis – werden dies zu spüren bekommen.
Bereits jetzt gilt Brandenburg an der Havel als finanzschwach, ist unser Stadthaushalt nur noch mit einem Sicherungskonzept genehmigungsfähig und warnt der städtische Kämmerer vor den dramatischen Steuerausfällen sowie dem damit verbundenen Sozialabbau der nächsten Jahre. Für die „großen Prestigeprojekte“ BUGA, Welt- und Europameisterschaften oder das eine oder andere schmucke Bauwerk könnte das Geld gerade noch reichen, hört man aus dem Rathaus.
Dass „die Kleinen“ mit ihren sozialen Bedürfnissen in dieser Situation nicht auf der Strecke bleiben, dafür möchte DIE LINKE in Brandenburg an der Havel sorgen.
A. F.

Steinmeier und der „Deutschland-Plan“

Alternative Vorschläge der LINKEN liegen vor

Am Wochenende Anfang August weilte der Kanzlerkandidat der SPD Frank-Walter Steinmeier laut Zeitungsaussagen in seiner Wahlkreiswohnung in Saaringen und ersann Teile des „Deutschland-Plans“. Enthalten in diesem Plan ist, dass die SPD in den nächsten Jahren bis zu vier Millionen Arbeitsplätze schaffen will. Wie dies geschehen soll, hat sich Steinmeier anscheinend in seinem Domizil in Saaringen überlegt.



In der Idylle von Saaringen entstandene Ideen - der „D-Plan“

Allem Anschein nach hat die Idylle dem Kanzlerkandidaten dazu verholfen die Realität zu vergessen. Seit elf Jahren führt die SPD das Bundesarbeitsministerium und jetzt endlich hat sie eine Idee, wie die Arbeitslosigkeit gesenkt werden kann. Lange hat es gedauert und es ist genauso glaubwürdig wie das gebrochene Versprechen aus dem Bundestagswahlkampf 2005, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen.
Die SPD hat in ihren Regierungsjahren Leiharbeit salonfähig gemacht, mit Hartz IV Armut per Gesetz beschlossen, die Rentenformel bis zur Unkenntlichkeit zerstört und den Finanzhasardeuren Tür und Tor geöffnet. Warum ausgerechnet diese SPD, die die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland auf die Spitze getrieben hat, nun die politische Zukunftshoffnung sein soll, wird Steinmeiers Geheimnis bleiben.
Dabei ist der Ansatz richtig: Zukunftsfähige Arbeitsplätze müssen und können im sozialen und ökologischen Bereich geschaffen werden. Notwendig dafür ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende.
Finanziert werden kann das durch eine Millionärssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine echte Reform der Erbschaftssteuer. All dies fordert die SPD aber nicht. Die entsprechenden Vorschläge der LINKEN liegen hingegen auf dem Tisch.
R.K.

Nur starke LINKE kann erfolgreich kämpfen

Wahlaufruf des Landtagskandidaten René Kretzschmar - LINKE kämpft für sozialeres Brandenburg

Am 27. September ist es wieder soweit. Sie - die Wählerinnen und Wähler - haben die „Qual der Wahl“. Dieses Mal sogar doppelt: für den Deutschen Bundestag und den Brandenburger Landtag.
In den letzten Jahren hat sich viel verändert. Deutschland und auch Brandenburg befinden sich in einer Wirtschaftskrise. Die Parteien, die in den letzten Jahren Verantwortung trugen, versprechen jetzt das Gegenteil von dem, was sie die letzten Jahre gemacht haben. Besonders eindrucksvoll kann dies die SPD. Unter ihrer Verantwortung wurde der Sozialstaat zurückgefahren und den Hedgefonds Tür und Tor geöffnet. Es wurde dereguliert, wo es nur ging. Aber getreu dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ wird jetzt das Gegenteil von dem versprochen. Dies ist genauso „glaubwürdig“ wie die Mehrwertsteuerlüge der SPD im Bundestagswahlkampf 2005.



Im Wahlkampf war die SPD noch gegen die Erhöhung und nach der Wahl fiel diese sogar noch höher aus als von der CDU verlangt.
Ich trete dafür an, dass dies nicht geschieht, denn umso stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.
Im Brandenburger Landtag muss dafür gesorgt werden, dass wir endlich ein Schulsystem schaffen, in dem jedes Kind die gleichen Chancen hat - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Gleichzeitig muss der Lehrer-Mangel an unseren Schulen behoben werden. DIE LINKE schlägt deswegen vor, in den nächsten Jahren 500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.
Des Weiteren muss der Start ins Leben für unsere Kinder so gut wie nur irgend möglich sein. Deswegen muss der Kitapersonalschlüssel ebenfalls verbessert werden. Damit unsere Kinder in den Einrichtungen die Aufmerksamkeit kriegen, die sie verdienen und die Erzieherinnen und Erzieher nicht auf Kosten ihrer Gesundheit arbeiten müssen.
Wenn ich in den Brandenburger Landtag komme, werde ich Ansprechpartner für Sie, die Menschen in unserer Stadt sein, um Ihren Anliegen im Landtag Gehör zu verschaffen. Dies werde ich über regelmäßige Veranstaltungen und über meine Internetseite www.rene-kretzschmar.de tun.



Auf dieser können Sie sich momentan über das Wahlprogramm der LINKEN und über meine Person informieren. Nutzen Sie die Gelegenheit. Gerne stehe ich Ihnen Rede und Antwort.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit bei über 4,6 Mio.

Die offizielle Statistik zählt durch Rechentricks über 1,1 Millionen Arbeitslose nicht mit



Schlechte Meldungen kann die Regierung vor der Bundestagswahl nicht gebrauchen. Deshalb lässt sie sich ständig neue Tricks einfallen, um die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen.
Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit Längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Vor zwei Monaten, im Mai 2009, kam nun noch eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.
Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.“ Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen und dazu ein Flugblatt drucken.“
Das tun wir gern, Herr Scholz. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten beruht. Arbeitslos sind 4.614.405 Menschen. Statt zu tricksen, ist es Zeit, endlich zu handeln.
Quellen: Bundesagentur für Arbeit:
Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland.
Monatsbericht Juli 2009, Seite 67, sowie Sonderpublikation der Bundesagentur für Arbeit:
Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Juli 2009, Seite 17.
Die genaue Zahl für diese Gruppe wird jeweils mit viermonatiger Verzögerung publiziert. *R.K.*

Tatsächliche Arbeitslosigkeit:	4.614.405
Offizielle Arbeitslosigkeit:	3.462.446
Nicht gezählte Arbeitslose:	1.151.959

Nicht gezählte Arbeitslose aufgeschlüsselt:

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II: circa 350.000
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III): 23.731
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 332.234
Berufliche Weiterbildung: 221.125
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen: 25.220
Aktivierung und berufliche Eingliederung: 119.592
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 35.461
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 12.658
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 31.936

„Der Kleine mit der großen ... Schnauze“ - Sodann zu Besuch im Potsdamer Wahlquartier der LINKEN

Der beliebte Ex-Tatort-Kommissar, Kabarettist und Politiker Peter Sodann besuchte im Juli das Wahlquartier der LINKEN im Potsdamer Hauptbahnhof. Der Kandidat der LINKEN bei der letzten Wahl zum Bundespräsidenten erzählte vor mehr als einhundert Zuschauern Witze, Anekdoten und Geschichten aus seinem Buch „Keine halben Sachen“. Mehr als zwei Stunden lang ermutigte er seine Zuhörer zum Nachdenken, brachte sie aber immer wieder auch zum Lachen.



Begeistert aufgenommen wurde etwa seine Anekdote über eine Begegnung mit dem ehemaligen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blühm. Der schenkte Sodann mal eine kleine „Taschen-Orgel“ – Sodann holte sie in Potsdam aus seiner Tasche, zog sie auf und es erklang: Die Internationale.

Sodann hielt keine konventionelle Vorlesung. Vielmehr folgte er seinen spontanen Einfällen und hatte sichtlich Freude an diesem Abend. Sehr eigen, mit Witz und Politik - wie er eben ist, trat Peter Sodann auf.

Sodann ist 73 Jahre alt, an seinen Ruhestand denkt er aber noch lange nicht. Nach eigener Aussage mischt er sich überall ein. „Ruhestand? Gibt es für mich nicht, wenn mein Herz Ruhestand hat, dann bin ich tot.“ Und wieder kommt der Kabarettist durch.

Der gelernte Werkzeugmacher bezog immer wieder auch sein Publikum ein und fragte: „Wer wählt denn hier nicht DIE LINKE?“ Die Arme blieben alle unten und er schlussfolgerte: „Na dann, da haben wir die Wahl schon gewonnen.“

Auch über Bundespräsidenten kann er berichten. Er hat viele kennen gelernt, sie mit seinem Witz sprachlos gemacht. Roman Herzog wollte, dass er in einer Kommission mitarbeitet, denn durch Deutschland solle ein Ruck gehen. Der bekannte Theatermacher und Fernsehkommissar bekundete sein Einverständnis, fragte aber: „Was für ein Ruck soll das denn sein?“ Danach hat es keinen weiteren herzogschen Anruf gegeben.

Sodann sprach aber auch über die aktuelle Politik, die Banker und die Waffenindustrie – welche ja nicht von der Krise betroffen sei. Dann spricht er über den Klimawandel, kommt auf seine erste Freundin Gertraude zu sprechen, ärgert sich über die Borniertheit in der DDR, über Wendehälse und landet beim 1. Mai 1989, da gab es die letzte Maikundgebung.

Dann saß er mit Freunden beim Skat, zu fünft waren sie und weil er ein mittelmäßiger Spieler ist, musste er immer aussetzen – ihm wurde schnell langweilig. Er vermisste auch die gewohnte Kundgebung. „Kommt, wir laufen einmal ums Theater“, forderte er seine Kumpels auf und marschierte mit ihnen los. Im nächsten Jahr schon mit Plakat: „Erst haben wir den Sozialismus ruiniert, jetzt ist der Kapitalismus dran.“ Und als gelernter Ossi ist es so: „Wo ´ne Schlange steht, stell ich mich mal an und wo ein Plakat zu sehen ist, lauf ich mal hinterher.“ In den nächsten Jahren schlossen sich immer mehr an. Im Jahr 2005 waren es sogar schon 5.000.

Nach zwei Stunden kam Sodann zum Schluss, signierte noch Bücher und Fankarten. Ein von ihm handsigniertes Buch wartet auf den Hauptgewinner unseres Silbenrätsels. *A.K.*

Mrd. für Eurofighter

14,6 Milliarden Euro für Rüstungsindustrie

Die Bundesregierung hat nicht nur kein Geld, sondern ist bis über beide Ohren verschuldet. Das hindert sie aber nicht daran, diverse Rüstungsaufträge an Rüstungsfirmen zu vergeben. So wurden für 3,1 Milliarden Euro 405 Schützenpanzer, ein Fregattenprogramm für 64 Millionen Euro, der Ausbau strategischer Seetransport-Kapazitäten für 65 Millionen Euro, die weitere Entwicklung unbemannter Aufklärer für 49 Millionen Euro und ein Minenräumungssystem für 38 Millionen Euro bestellt. Der größte Brocken aber ist dem „Eurofighter“ gewidmet. Es geht zunächst um 31 Maschinen für 2,97 Milliarden Euro. Insgesamt stellt Deutschland 180 Maschinen für 14,7 Milliarden Euro in den Dienst. Man fragt sich, für wen eigentlich? Es sei denn, dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werden muss.

Umfragen haben ergeben, dass über die Hälfte der Bevölkerung gegen einen Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ist. Nicht nur, dass dieser Einsatz den Steuerzahler viele Millionen, wenn nicht gar Milliarden kostet, sondern es besteht auch die Gefahr, dass dort deutsche Soldaten den Tot finden - denn es ist Krieg – Deutschland hat dort weder was zu suchen noch verloren. Gewalt ist zudem ein sehr untaugliches Mittel, etwas zum Positiven zu verändern. Nur Leid und Tränen werden bleiben. Und vielleicht irgendwann ein kläglicher Rückzug, denn immerhin sind inzwischen 4.000 Soldaten dort stationiert.

W.W.



Luftwaffe in Aktion

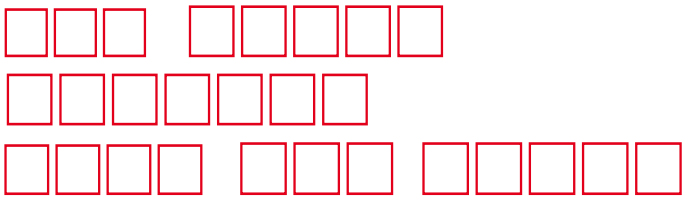
Silbenrätsel

Untereinander gelesen, ergeben die schwarzen Kästchen einen Wahlslogan - kreiert von Peter Sodann:

a, ba, be, ber, bil, djer, e, e, e, e, en, esch, ga, ge, hans, im, is, ka, lam, le, leim, li, li, list, ment, mo, na, na, ne, nin, o, o, pi, ral, ring, ta, taet, then, thik, ti, wit, xil, zig

Unter allen Einsendern werden 3 Bücher verlost. Der Hauptpreis ist ein handsigniertes Buch von Peter Sodann. Einsendeschluss ist der 07. Oktober 2009. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle der LINKEN, Altstädtischer Markt 2 in 14770 Brandenburg an der Havel.

LÖSUNG:



tunesische Insel

unbeweglich

ein Laubbaum

Insektenfalle

Lehre Mohammeds

Staatsangehörigkeit

Ausbeuter

Verbannungsort

komisch

Hauptstadt Griechenlands

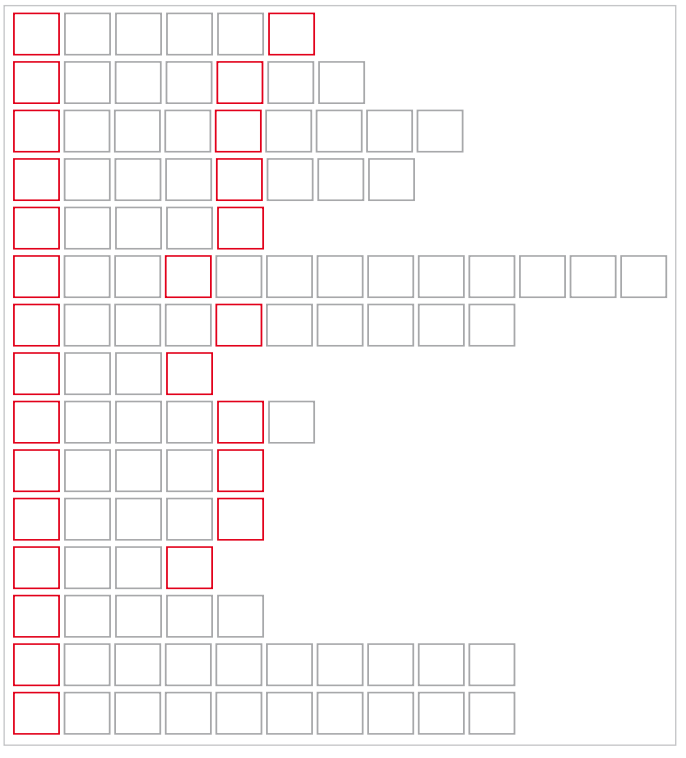
Sittenlehre

... im Glück

Gründer der Sowjetunion

persönlicher Einsatz

pol. und wirtschaftl. Freiheit



Diana Golze – Eine von hier, eine für uns!

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,
am 27. September bitte ich Sie um Ihre Stimme bei der Bundestagswahl. Konsequent sozial ist DIE LINKE, und konsequent sozial kennen viele von Ihnen auch mich, Ihre Abgeordnete im Wahlkreis 61. In der Bundespolitik wird über vieles entschieden, was Sie in Ihrem täglichen Leben berührt: ein gerechter Lohn für gute Arbeit, friedliche Außenpolitik, gerechte Renten für Ost und West, ein solidarisches Gesundheitssystem, eine bessere Betreuung von Kindern und vieles mehr.
Mit Visionen und Tatkraft können wir gemeinsam die politischen Realitäten zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verändern! Sie können durch Ihre Wahlentscheidung mit beeinflussen, in welche Richtung sich die Gesellschaft zukünftig entwickelt. Als Ihre Kandidatin der Partei DIE LINKE stehe ich für eine sozial gerechte, solidarische, familienfreundliche, Generationen verbindende und transparente Politik. Ich möchte die Interessen der Brandenburger Bevölkerung im Bundestag mit einer starken Stimme vertreten. Besonders wichtig ist mir, dass politische Entscheidungen unter Einbezug derjenigen gefällt werden, die davon betroffen sind.

Nicht die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise sollen nach dem Willen der Regierung für die entstandenen Kosten aufkommen, sondern die Gesellschaft insgesamt. Jeder der 80 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands bürgt mit 5625 Euro! Ein Skandal! Das Geld ist besser dort angelegt, wo die Menschen sind. Wenn es einen Mindestlohn gibt, der im Jahre 2013 bei 10 EUR pro Stunde liegen soll, dann nutzt das Vielen. Denjenigen, die diesen Mindestlohn erhalten und zugleich den Städten und Gemeinden, weil dieses Geld in den Gaststätten und Läden, bei den Dienstleistern, den Bau- und Reparaturbetrieben und in den Freizeiteinrichtungen der Region wieder ausgegeben wird.
Mehr Geld gehört in die Bildung. Kleine Kita-Gruppen, kleine Schulklassen, gut ausgebildetes Personal, moderne Austattung sind ein Garant für eine positive Entwicklung. Dieses Geld ist eine solide Zukunftsinvestition, es verschwindet nicht in Finanzblasen. Alle Kinder müssen die gleichen Bildungschancen haben. Es darf nicht sein, dass diese Chancen vom Geldbeutel der Eltern abhängen!
Ebenfalls nicht vom Geldbeutel abhängen darf die medizinische Betreuung. Wir sind dagegen, dass ein Gesundheitssystem erster Klasse und ein Gesundheitssystem zweiter Klasse entstehen. Die Sicherung hochwertiger medizinischer Betreuung für alle und überall hat mit Solidargemeinschaft zu tun. Die wollen wir stärken.
Ganz klar sagen wir auch: HARTZ IV muss weg! DIE LINKE hat gegen dieses Gesetz von Anfang an gekämpft, und die Erfahrung bestätigt uns: HARTZ IV ist Armut per Gesetz, und es ist Diskriminierung per Gesetz. Zweieinhalb Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut und auch die Altersarmut nimmt zu. Die Arbeitslosigkeit ist mit diesem Gesetz nicht bekämpft worden. Wir wollen in einem ersten Schritt eine Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes auf 500 Euro und auf lange Sicht eine Grundsicherung, die auf Zwang und Sanktionen verzichtet. Eine Kindergrundsicherung soll allen Kindern einen bestmöglichen Start ins Leben ermöglichen.
Auch bei der Außenpolitik muss dringend umgesteuert werden: Wir wollen keine weitere Beteiligung der Bundeswehr an völkerrechtswidrigen Kriegen. Raus mit den deutschen Truppen aus Afghanistan! Der Wert Deutschlands in der Völkergemeinschaft bemisst sich nicht



nach der Zahl der im Ausland stationierten Soldaten, sondern an der Fähigkeit zum „Frieden schaffen ohne Waffen“! Konsequent sozial ist für mich eine zukunftsfähige Gesellschaft, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger sichert, sowohl in der Politik als auch der Wirtschaft, in der Kultur und in der Bildung. Diese Gesellschaft muss eine starke, selbstbewusste und solidarische Bürgergesellschaft sein, die demokratisch strukturiert und offen ist. Wer den Schlüssel zu einer starken und solidarischen, lebenswerten und zukunftsfähigen Gesellschaft sucht, ist bei uns richtig. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.
Diana Golze, DIE LINKE

SPD und ihr Wahlprogramm

Status als Arbeiter- und Volkspartei endgültig verloren

Die SPD ist die Erfinderpartei der unsozialen Hartz-IV-Gesetze und der Rente mit 67. Bereits bei der letzten Bundestagswahl sind SPD-Chef Franz Müntefering sowie der SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier vom Wähler abgestraft worden. Es ist Vortäuschung falscher Tatsachen, wenn das SPD-Desaster bei der Europawahl lediglich auf Kommunikationsprobleme reduziert wird. Das von der SPD-Führung im Frühjahr mit großem Aufwand vorgestellte Wahlprogramm entbehrt nicht einer gewissen Komik.
So ist zum Beispiel die Forderung nach einer höheren



Von der SPD mehr als geprägt: Hartz IV. Leider kann niemand für seine Wahlversprechen verantwortlich gemacht werden.

Reichensteuer glatte Heuchelei. In mehr als zehn Jahren Regierungsverantwortung war sie entscheidend daran beteiligt, dass den Unternehmen immer wieder großzügige Steuergeschenke gemacht wurden, während die Lohnabhängigen und sozial Schwachen unter massiven Belastungen litten. Die Zahl der Millionäre stieg in dieser Zeit auf etwa 800.000 und die Kluft zwischen Arm und Reich nahm und nimmt beängstigend zu.
Auch die Einführung eines Mindestlohnes erweist sich als Wahlpropaganda. Denn dessen Einführung hat die SPD in der vergangenen Wahlperiode selbst verhindert, indem sie gegen ihren eigenen früheren Antrag stimmte, den die Linkspartei erneut aufgegriffen hatte.
Wie es um ihre wahren Absichten bestellt ist, zeigt das vergebliche Bemühen der SPD-Linken, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer in den SPD-Forderungskatalog aufzunehmen. Die folgenden Worte könnten zwar vielen bürgerlichen Politikern in den Mund gelegt werden, aber Franz Müntefering hat sie 2006 mit aller Deutlichkeit unmissverständlich ausgesprochen. Offen gab er zu, dass niemand für seine Wahlversprechen verantwortlich gemacht werden könne. Krasser kann man wohl kaum ausdrücken, dass das Wahlvolk von ihren gewählten Politikern kaum was Gutes zu erwarten hat.
Zu dieser Partei gehört übrigens SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier, ein promovierter Jurist, 52 Jahre alt und in Brakelsieg geboren. Er leitete unter der Regierung Schröder das Bundeskanzleramt. An vielen politischen Themen der „Schröder-Ära“ wirkte er als unauffälliger Manager entscheidend mit. Unter seiner Regie entstand zum Beispiel auch die umstrittene „Agenda 2010“ mit ihren unsozialen Maßnahmen.
W.W.

„Demokratischer Sozialismus bleibt meine Vision“

Bernd Lachmann ist Direktkandidat der LINKEN bei den Landtagswahlen für den Wahlkreis 16



Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, 20 Jahre nach der Wende erinnere ich mich an die Versprechen, die neuen Bundesländer in blühende Landschaften zu verwandeln. Niemandem sollte es schlechter und Vielen besser gehen. Die Bundesregierungen, ob Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder Schwarz-Rot hatten 20 Jahre Zeit zu beweisen, dass der Kapitalismus das politisch und wirtschaftlich bessere System ist. Da es aber an Beweisen dafür mangelt, konzentriert man sich lieber auf Stasidebatten und die Verteufelung der DDR als kommunistische Diktatur. Gleichzeitig wird man nicht müde, dass jetzige politische System als freiheitlich, demokratisch und alternativlos darzustellen.

Ich kandidiere als Direktkandidat zur Landtagswahl auch für die beiden Stadtteile Görden und Plaue. Ich will dazu beitragen, dass es kein „weiter so“ der Politik des Landes gibt. Als Landespolitiker will ich Wahrheiten ansprechen, die uns nach 20 Jahren immer noch unter den Nägeln brennen und erwarte von einer künftigen Landesregierung, dass sie auch Druck auf die Bundespolitik ausübt.

Ich trete ein für gleiche Löhne in allen Teilen Deutschlands und ohne Unterschiede zwischen Mann und Frau. Schluss mit Löhnen, von denen man nicht leben kann. Ich bin für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Städte und Gemeinden, deren Finanzierung durch Landesmittel und Fördermittel der Europäischen Union möglich ist. Diese öffentlich geförderten Arbeitsplätze sollten bei einem Monatsbruttolohn von mindestens 1.400 Euro liegen. Gleichzeitig unterstütze ich einen gesetzlichen Mindestlohn in der Privatwirtschaft von 8,50 Euro, der langfristig auf 10 Euro erhöht werden soll.

Zwei Grundvoraussetzungen für eine zukunftsorientierte Politik in unserem Land sind direkte Demokratie und Bürgerrechte zur Mitbestimmung. Viele Politiker berufen sich auf die im Grundgesetz verankerte parlamentarische Demokratie. In einfachen Worten: Die Bürger dürfen bei Wahlen im wahrsten Sinne des Wortes ihre Stimme „abgeben“ und haben dann für die nächsten Jahre zu schweigen. Deshalb haben es auch Bürgerinitiativen sehr schwer, sich Gehör zu verschaffen. Ich werde dafür eintreten, dass sich Bürger mehr und leichter in die Politik einbringen können. Deshalb sollten beispielsweise Unterschriftensammlungen im Rahmen von Bürgerinitiativen auch außerhalb von Behörden, also auch auf der Straße, gesetzlich zugelassen werden.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger,

tragen Sie mit Ihrer Stimmabgabe für meine Person dazu bei, dass ich für Ihre Interessen im Landtag eintreten kann. Ich verspreche Ihnen regelmäßige öffentliche Rechenschaftslegung über meine Arbeit und das, was im Landtag passiert.

Im Übrigen gilt: Sozial wählen heißt links wählen! Links wählen heißt auch, gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland zu stimmen. ... „dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.“ (Johannes R. Becher, Nationalhymne der DDR)

Wählen Sie deshalb auch die Listen der Linkspartei für die Landtags- und Bundestagswahl. *Bernd Lachmann*

Gesundheitszentrum bringt Bewegung ins Spiel

Bis zu 25 Mediziner sollen im geplanten Neubau arbeiten - Baubeginn für Oktober 2009 geplant

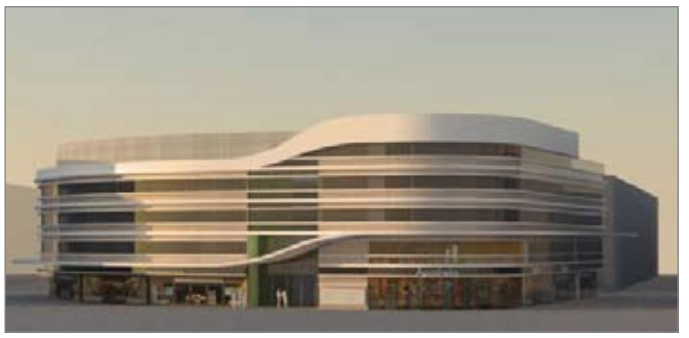
Das Städtische Klinikum beabsichtigt, bis Ende kommenden Jahres ein gesundheitszentrum für bis zu 25 Ärzte am Hauptbahnhof zu errichten. Rund die Hälfte der Mediziner soll aus der niedergelassenen Ärzteschaft kommen. Den Rest will das Städtische Klinikum beisteuern. Baubeginn des rund 11,9 Millionen Euro teuren viergeschossigen Neubaus zwischen Kleiner und Großer Gartenstraße soll im Oktober dieses Jahres sein. Alleiniger Gesellschafter des Klinikums ist die Stadt Brandenburg an der Havel.

Zuvor wird das Großvorhaben öffentlich in den Ausschüssen der Stadt vorgestellt. Nach der Fertigstellung sollen rund 150 Mitarbeiter vor Ort tätig sein, um den erwarteten Ansturm von bis zu 2.000 Besuchern pro Tag zu bewältigen.

Dass der Aufsichtsrat das Projekt in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung sehen will, versteht sich von selbst. Dies war aber nicht selbstverständlich, sondern musste von einer Minderheit „erkämpft“ werden.

Auch wenn es bereits zahlreiche Mietinteressenten für die moderne Poliklinik geben soll, ist die Großinvestition auch mit einer Reihe von Risiken und negativen Folgen verbunden. Auch wenn die Stadtspitze im Hinblick auf den Bau und die spätere Betreibung optimistisch ist, zeigt der Vergleich mit anderen Gesundheitszentren, dass zumindest nicht mit exorbitanten Gewinnen zu rechnen ist.

Deswegen ist es wichtig, dass das Betreibungskonzept schlüssig ist und die Gewerbetreibenden, die Flächen im Ärztehaus mieten sollen, auch wie geplant „anspringen“. Nur dadurch wird es möglich sein, die aufgestellte Kreditfinanzierung zu bewältigen. Daneben müssen auch die niedergelassenen Ärzte das Angebot annehmen. Rund ein Dutzend niedergelassene Mediziner soll eine Praxis im Gesundheitszentrum eröffnen.



Das Gesundheitszentrum entsteht zwischen kleiner und großer Gartenstraße und soll bis zu 2.000 Besucher bzw. Patienten täglich begrüßen, doch ein konkretes Verkehrskonzept fehlt noch. Mit der Realisierung dieses Projektes könnte schon im Oktober 2009 begonnen werden.
Quelle: Architekturbüro Heinle-Wischer und Partner

Durch die geplante Zentralisierung von Fachärzten werden andere Standorte verwaisen. Brandenburg an der Havel ist nun mal keine Großstadt. Wenn man eine Zentralisierung vornimmt, hat dies Konsequenzen für den Rest.

Dazu kommt, dass auch längere Wege in Kauf genommen werden müssen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, einen „Shuttle-Service“ als zusätzliches Bonbon einzurichten, welcher die Patienten von zu Hause abholt, denn nicht jeder Patient bekommt einen „Krankenbeförderungsschein“.

Außerdem fehlt es an einem Verkehrskonzept für die Anlieferungen der Gewerbetreibenden, aber auch für die Besucher. Wenn von den angenommenen 1.500 bis 2.000 Besuchern täglich nur die Hälfte mit dem Auto vorfährt, werden durchschnittlich pro Stunde rund 80 Parkplätze zusätzlich benötigt. Diese können kaum alle in der Werderstraße untergebracht werden. Schade ist, dass für so ein zentrales Projekt kein Bürgerentscheid ausgerufen wurde. Vielleicht wäre ja auch ein sehr guter Standort das ehemalige Rote-Armee-Gelände an der Zanderstraße, ein zentraler und gut zu erreichender Standort, gewesen. Denn auch dies ist ein städtebaulicher „Schandfleck“, welcher angegangen werden müsste.

Bleibt nur, den Verantwortlichen viel Erfolg zu wünschen, mögen die „Kranken“ niemals ausgehen. Es gibt allerdings noch viel Gesprächsbedarf, darum ist das Projekt in den Ausschüssen, ob im Gesundheitsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss sowie Hauptausschuss, sehr gut aufgehoben. Aber auch die Bevölkerung wird sich mit einbringen wollen. *A.K.*

Landtagsfraktion DIE LINKE zieht positive Bilanz

Die 29 Abgeordneten der LINKEN kämpften mit Anfragen und Anträgen für mehr soziale Gerechtigkeit im Land Brandenburg

Bis zur Wahl des neuen Brandenburger Landtags sind es nur noch wenige Wochen und der Kampf um die Wählerstimmen hat längst begonnen. Die meisten Parteien läuten in diesen Tagen die heiße Phase für die Wahl des neuen Landtages am 27. September ein.
DIE LINKE setzt sich aber nicht nur ehrgeizige Ziele für die kommende Legislaturperiode, sondern stellt auch die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre in einer umfangreichen Broschüre vor.

LINKE mit 29 von 88 Abgeordneten zweitstärkste Partei

Bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2004 erreichte DIE LINKE mit dem Versprechen „Sozial – mit aller Kraft“ 29 der insgesamt 88 Landtagsmandate. Sie ist damit neben der SPD (33 Sitze) die zweitstärkste im Landtag vertretene Partei. Die CDU kam auf 20 und die rechtsgerichtete DVU auf sechs Abgeordnete. Den Wiedereinzug dieser Gruppierung zu verhindern und diesmal stärkste Partei vor der SPD zu werden, sind zentrale Ziele der Fraktion der LINKEN rund um ihre engagierte Vorsitzende Kerstin Kaiser.
Insgesamt 88-mal tagte der Landtag in den vergangenen fünf Jahren. Die letzte Sitzung fand am 2. Juli statt. Auf der Tagesordnung standen auch wieder Anträge der LINKEN, die insgesamt rund 2.600 Anträge und Anfragen an die SPD-CDU-Landesregierung richtete.
DIE LINKE kämpfte etwa im Bereich Bildung für einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, eine qualitative Verbesserung der Kita-Betreuung, eine Absenkung des Personalschlüssels, den Erhalt von Schulstandorten oder die verstärkte Ausbildung von Sonderpädagogen und Berufsschullehrern. Denn trotz des bereits in vier Jahren drohenden dramatischen Lehrermangels wurden im Land seit 2004 über 4.400 Lehrerstellen gekürzt. Und das, obwohl zehn Prozent aller Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen und mehr als 15 Prozent der unter 25-jährigen arbeitslos sind. Die Folge sind lange Schulwege für die Kinder, erhöhte Kosten für die Eltern und zunehmender Unterrichtsausfall. Viele Jugendliche leiden unter Zukunftsangst und verlassen das Land, weil sie hier keine Lebensperspektive für sich sehen.

Linksfraktion kämpft für flächendeckenden Mindestlohn - scheiterte aber am Widerstand der großen Koalition

Erschreckend ist die Entwicklung des sogenannten Niedriglohnsektors. Jeder vierte Beschäftigte im Land muss inzwischen mit einem Bruttostundenlohn unter 7,50 Euro Vorlieb nehmen. Etwa 70.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger sind trotz eines Arbeitsplatzes auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen angewiesen, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen sichern zu können.
Leider waren sich die Koalitionspartner SPD und CDU bei der Ablehnung von arbeitsmarktpolitischen Initiativen der Linksfraktion einig. So lehnten auch die Sozialdemokraten den Antrag der LINKEN zur Einführung eines flächendeckenden, existenzsichernden Mindestlohns ab, obwohl sie selbst für dieses Anliegen eine medienwirksame Unterschriftenkampagne durchführten.
Ebenfalls zurückgewiesen wurden die Anträge zur fairen Ausgestaltung der Zeitarbeit. Damit wollte DIE LINKE das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen – für Stammbelegschaft und Zeitarbeitnehmer gleichermaßen.

Erfolgreicher Kampf gegen „Bombodrom“ zeigt, dass sich bürgerschaftliches Engagement lohnt

Als Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung jetzt nach 17 Jahren Kampf das Aus für das „Bombodrom“ verkündete, war dies ein verdienter Sieg für die Bürgerinitiative und die Bewohner der Kyritz-Ruppiner Heide, deren Kampf DIE LINKE seit Jahren aktiv unterstützt hat. Die Niederlage der Bundeswehr zeigt, dass sich bürgerschaftliches Engagement lohnt. DIE LINKE hat die Bundesregierung aufgefordert, nun die für die Munitionsberäumung und andere Konversionsmaßnahmen vorgesehenen Mittel in Höhe von 210 Millionen Euro freizugeben.



Eine bessere Bildungspolitik und ein uneingeschränktes Recht auf einen Kita-Platz – nur zwei Schwerpunkte der LINKEN

Mehr als 30.000 Euro durch die LINKEN-Fraktion an soziale Projekte gespendet

Für soziale Projekte zu spenden, ist eine gute Tradition bei der LINKEN. Von November 2004 bis Mai 2009 unterstützten die Abgeordneten verschiedene Projekte mit über 30.000 Euro. So gingen allein im Dezember des vergangenen Jahres eintausend Euro aus dem Sozialfonds der Linksfraktion auf das Spendenkonto beim „Deutschen Zentrum für herzkranke Kinder“. Zuvor unterstützten die Abgeordneten den Bauverein „Neue Synagoge Potsdam e.V.“ mit 1.500 Euro.
Für den Wahlkreis Brandenburg an der Havel bewirbt sich am 27. September der Stadtverbandsvorsitzende der LINKEN René Kretzschmar um einen Sitz im neuen Potsdamer Landtag.

Die 30seitige Broschüre „Bilanz der parlamentarischen Arbeit der Linksfraktion von 2004 – 2009“ ist unter www.dielinke-fraktion.brandenburg.de erhältlich.
her

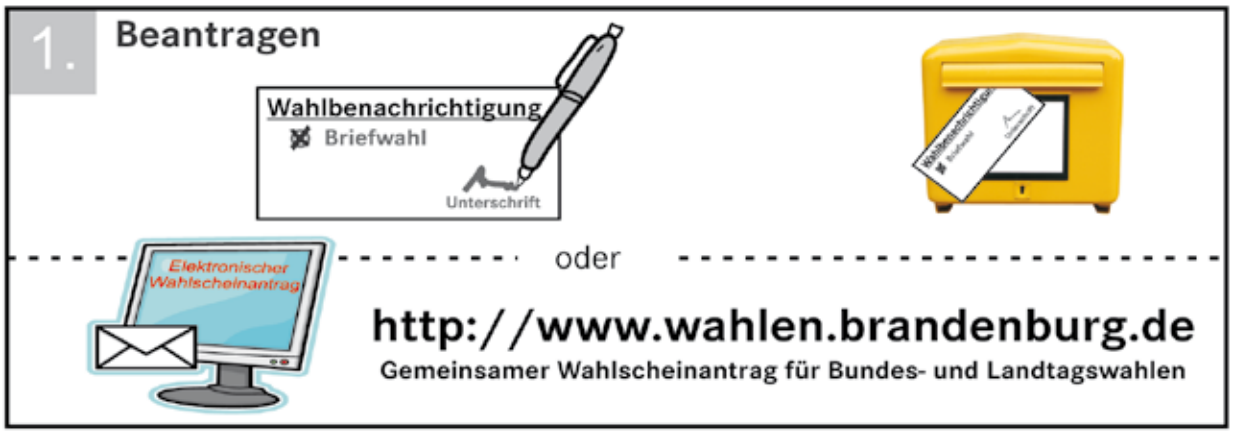


Am 19. August 2009 verteilten die Bundestagsabgeordnete Diana Golze und der Landtagskandidat René Kretzschmar im Bürgerhaus Hohenstücken gemeinsam mit dem Frauen- und Familienzentrum Schultüten an Brandenburger Schulanfänger. Die Freude bei allen Kindern und Famile war groß und die Vorfreude auf den baldigen Schulbeginn ebenso.



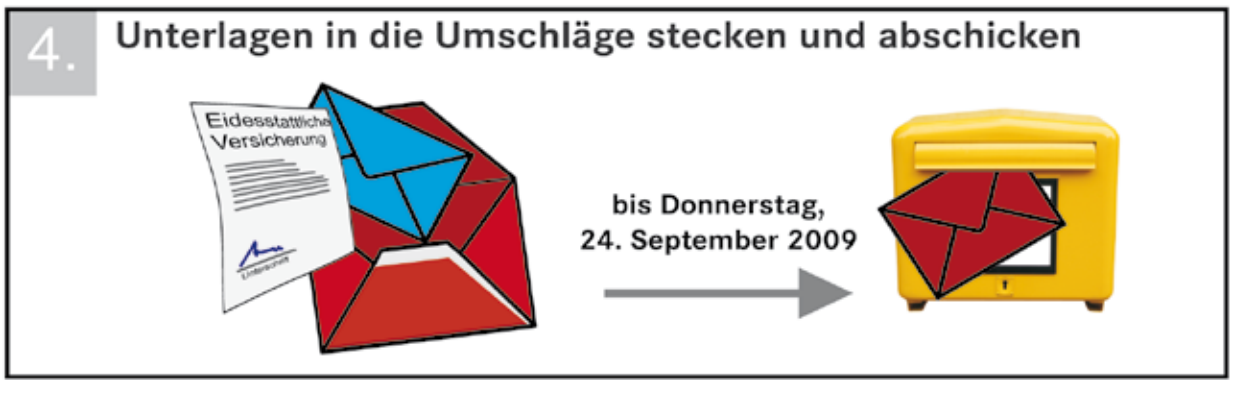
Wählen leicht gemacht - die Briefwahl

Bereits jetzt per Briefwahl wählen









Jeder kann per Brief wählen. Sie brauchen keinen besonderen Grund. Einfach die Briefwahl mit der Wahlbenachrichtigungskarte beantragen. Sie müssen die Karte unterschrieben, am besten in einem an die Wahlbehörde adressierten und frankierten Umschlag, in den Briefkasten einwerfen. Oder direkt bei der Wahlbehörde abgeben.

Alternativ können Sie die Briefwahl auch über das Internet beantragen. Ein formloser unterschriebener Antrag mit Geburtsdatum reicht auch, falls Sie keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben oder diese nicht mehr finden.

Wenn Sie die Unterlagen per Post erhalten haben, kreuzen Sie auf den beiden Stimmzetteln die Kandidaten der Partei DIE LINKE an, das ist die Erststimme. Noch wichtiger für den Wahlausgang ist die Zweitstimme, rechts auf dem Stimmzettel. Also jeweils noch ein zweites Kreuz bei der Partei DIE LINKE. Sie haben also 2x2 Stimmen.

Stecken Sie die Stimmzettel in die blauen Wahlumschläge. Sie sollten aufpassen, dass der richtige Stimmzettel im richtigen Umschlag steckt und ihn anschließend zukleben.

Jetzt muss noch die eidesstattliche Versicherung unterschrieben werden. Sie bestätigen damit, dass Sie den Stimmzettel eigenhändig angekreuzt haben.

Die verschlossenen blauen Wahlbriefe und die unterschriebene eidesstattliche Versicherung werden in den roten Wahlbrief gesteckt.

Diesen Wahlbrief werfen Sie spätestens am Donnerstag, 24.09.2009 in den nächsten Postbriefkasten oder geben ihn in der Stadtverwaltung beim Wahlleiter am Katharinenkirchplatz bis zum 27.09.2009 18.00 Uhr ab.

Bei nachgewiesener plötzlicher Krankheit können Anträge auf Briefwahl noch bis 15.00 Uhr am Wahltag gestellt werden. Sie müssen dann einer Person ihres Vertrauens eine Vollmacht erteilen, die Ihre Wahlunterlagen im Briefwahlbüro abholt. Dort muss der Wahlbrief dann auch wieder abgegeben werden.

Sollten Sie mit den Unterlagen nicht zurecht kommen, helfen wir Ihnen gerne. Rufen Sie uns einfach rechtzeitig an. Wir beraten Sie am Telefon oder kommen auch zu Ihnen nach Hause. Telefon 0 33 81 - 22 47 33 *A.M.*

Das Wahltaxi kommt

Wer im Wahllokal wählen will, kann sich fahren lassen

Natürlich kann jeder auch am Sonntag, dem 27. September wie gewohnt in seinem Wahllokal wählen gehen. Wer einen weiteren Weg hat oder nicht mehr so gut zu Fuß ist, der kann sich zu seinem Wahllokal chauffieren lassen. DIE LINKE ist am Wahlsonntag mit zwei Fahrzeugen unterwegs und holt Sie in Ihrer Wohnung ab und fährt Sie auch wieder dorthin zurück.

Bitte rufen Sie rechtzeitig in unserer Geschäftsstelle an, sodass wir unsere Wahl-Touren sinnvoll planen können.

Die Wahltaxirufnummer ist geschaltet am 27.09. von 08:00 Uhr - 17:30 Uhr. Unter der Telefonnummer 0 33 81 - 22 47 33 sind wir für Sie zu erreichen.

Impressum:
HAVELbrandung . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 03/2009 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel V.i.s.d.P. René Kretzschmar E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck:** Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 35.000 Stück **Redaktionsleitung:** L. Krakau und A. Kutsche . Redaktionsmitglieder: A. Conopliov, Dr. K. Erlenkamp, A. Martin, W. Weise **Bildnachweise: 1.** Wahlplakat Gysi by DIE LINKE; HanseTour by JDeisler@freivonform **2.** CityView by Ch.Guenther@freivonform; OrdnerBisInDenHimmel by PixMedia@fotolia.com **3.** Kretzschmar by DIE LINKE; Webseite by JDeisler@freivonform; AgenturFür Arbeit/OhneWorte by Frank-Peter Funke@fotolia.com **4.** Sodann by DIE LINKE; Eurofighter/ModellflugzeugMig by fotobi@fotolia.com **5.** Wahlplakat Golze by DIE LINKE; **6.** Lachmann by DIE LINKE; Gesundheitszentrum by Architekturbüro Heinle-Wischer und Partner **7.** Kita/Vorlesen by GrischaGeorgiew@fotolia.com; Verteilung Schultüten by JDeisler@freivonform **8.** Briefwahl by AndreasMartin @ DIE LINKE **Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE .** Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel Mo/Di/Do 9.00 - 17.00 Uhr Mi 9.00 - 13.00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-stadt-brb.de . E-Mail info@dielinke-stadt-brb.de